

S. 12  
Dresden  
r. Finke  
Hennberg  
ionäre  
ung  
K. 2008  
Jugend-  
en und  
.

# Dresdner Volksblatt

**Skandal im  
Dresdner Rathaus**  
Seite 5

Hauptschredaktion: Dresden  
K. 1288, Roden & Comp.  
**Organ für das Volk**

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Bei Eintritt von Sitzungen landweiser Art, ist es durch über ohne Einfluß höherer Gewalt, bei der Bezüger der Dresdner Volkszeitung

Abbestellung: Die 30 mm breite Monatszeitschrift 35 Pf., die 40 mm breite Wochenzeitschrift 2 Pf., für außerhalb 40 Pf. u. 2.50 Pf., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif, Familienanzahligen, Stellen- u. Vereinspreise 20 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einzelr. 10 Pf.

Nr. 39 Dresden, Mittwoch, den 15. Februar 1933 44. Jahrgang

## Enthüllungen im Landtag

### Die schwedische Antwort an Göring

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtags sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Böchel über die Gefahr, die durch das Verhalten der gegenwärtigen Reichsregierung für den deutschen Export heraufbeschworen wird. Er nahm dabei insbesondere Bezug auf den Brief, den der nationalsozialistische Reichsminister Göring an die Göteborger Handels- und Seefahrtszeitung gerichtet hat, weil diese einen Aufsatz über Deutschland gebracht hatte, der für Herrn Göring und seine Freunde

nicht angenehm war. Der Genosse Böchel verlas dabei die Antwort, die das Göteborger Blatt Herrn Göring gegeben hat. Die Ausführungen des Blattes sind in unserem Landtagsbericht bei der Wiedergabe der Rede des Genossen Böchel abgedruckt.

In der bürgerlichen Presse und von den bürgerlichen Nachrichtenbüros werden, soweit wir sehen können, die Ausführungen Böchels über die schwedische Antwort an Göring vollständig unterschlagen.

Standpunkt vertreten müssen, daß nach Artikel 125 der Reichsverfassung Wahlfreiheit und Wahlheimlichkeit gewährleistet sind und daß deshalb jede amtliche Wahlbeeinflussung wie jede gewalttätige Einwirkung einer Partei auf die Wähler verboten sind und zur Nichtigkeit der Wahl führen müssen.

Besonders bedauerlich und beschämend sind die Vorgänge in der letzten Sitzung des Ueberwachungsausschusses deshalb, weil der Vorsitzende Löbe bereits mit einer Trauerkundgebung für die Opfer von Neunkirchen begonnen hatte und den sozialdemokratischen Antrag auf Anwendung von 10 Millionen Mark an die Geldbedürftigen vorweg bezahlen lassen wollte. Ebenso wurde die Beratung eines Antrages auf Maßnahmen gegen die Stilllegung der Juche Sachen verhindert. Die fortschreitende Verwilderung unserer politischen Sitten geht daraus hervor, daß ausgerechnet ein Vertreter der Rechtspflege, der nationalsozialistische Rechtsanwalt Frank II. den Vorsitzenden beiseitestieß, und daß im Gegenteil ein Volksvertreter, der Volksparteiler Morath, von den Nationalsozialisten mit Faustschlägen mißhandelt wurde.

## Versfassungsbruch im Reichstag

### Die Sprengung des Ueberwachungsausschusses

#### Was sagt der Staatsanwalt?!

Im Hauptausfluß des Reichstages haben die Nationalsozialisten gestern wiederum durch einen Gewaltstreik die Beratungen des Ausschusses verhindert. Löbe wurde mit Gewalt von seinem Vorsitz verdrängt. Der Volksparteiler Morath wurde mißhandelt. Die Nazis benahmen sich wie in einer Maschermaske. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Weiterberatung des Osthilfefonds. Da die Nazis diese Beratung wiederum verhindern wollten, wurden die Wähler den Schluß zu ziehen wissen, daß die Hitler-Partei eine Misstrauung der Osthilfeforderung zu scheuen hat. Unser Berliner Büro schreibt uns zum politischen Hintergrund und den Konsequenzen des Ausschussstreiks:

feinen Parteifreunden gegenüber nicht mehr in der Lage, den einzelnen Leuten der Volksvertretung nach der Auflösung des Reichstages bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages, den sogenannten ständigen Ausschüssen, das verfassungsgemäß garantierte Arbeiten zu ermöglichen. Das beweist, daß wir in einen Zustand hineingeraten sind, der sich mit der Verfassung nicht mehr vereinbaren läßt.

Dieser Tatsache gegenüber sind die eigentlichen Beweggründe der Nationalsozialisten für ihr Vorgehen nebenförmlicher Art. Auf der Tagesordnung des Ausschusses standen auch Anträge zur Sicherung der Wahlfreiheit und die Frage der Weiterberatung der Osthilfe-Angelegenheit.

Wie unangenehm den betroffenen Kreisen die Weiterberatung des Osthilfefonds wäre, ist bekannt.

Angeht die zahlreichen, nicht selten recht merkwürdig begründeten Presse- und Versammlungsverbote im Reich würde den Nationalsozialisten als Regierungspartei wohl auch die Förderung der Wahlfreiheit recht reinlich gewesen. Die Reichsregierung hätte nämlich auch ihnen gegenüber den

Das deutsche Strafbuch bedroht die „Heldentaten“ der Nationalsozialisten Streicher, Heines, Frank usw. mit Zuchthausstrafe nicht unter fünf Jahren.

Man hat bis jetzt nichts davon gehört, daß die Täter auf Anordnung der Staatsanwaltschaft sofort oder im Laufe des folgenden Tages ergriffen und vor den Schnellrichter gestellt worden wären. In diesem Falle hätte ihnen die Immunität, auf die sie zu ländigen privilegiert, nicht genügt. Die Unterlassung dieser Maßnahme zeigt eine Schwäche der Staatsgewalt, die das Vertrauen und die Autorität und Unparteilichkeit des Rechtsstaates untergraben muß.

Die nichtkommunizierenden Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, haben sich wegen der nationalsozialistischen Provokationen teils an den Reichspräsidenten als den obersten Hüter der Verfassung, teils an die Öffentlichkeit gewendet. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, zu wissen, ob Recht und Verfassung gegen jede Gruppe,

## Hugenberg diktiert

### Was sagt Hitler dazu? - Nichts!

Wir finden im Organ der christlichen Gewerkschaften, Der Deutsche, folgende wichtige Enthüllung: Es wurde an dieser Stelle wiederholt darauf hingewiesen, daß Hugenberg in der gegenwärtigen Regierung als mehrfacher Minister eine außergewöhnliche Machtposition hat. Er hat die Ministerien befehligt, mit denen er am erfolgreichsten gegen die Arbeitnehmer vorzugehen kann. Für wie stark die Deutschnationalen die Position ihres Führers im gegenwärtigen Kabinett selbst halten, geht aus einem Brief hervor, den das Finanzministerium der Deutschnationalen Volkspartei von Groß-Berlin an finanzkräftige Persönlichkeiten richtete. Der Brief lautet:

„Sehr geehrter Herr!

Mit der Berufung der National-Regierung Hitler-Hugenberg-Wapen-Selbte durch den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg ist auch für die Wirtschaft ein entscheidender Wendepunkt in der nachkriegszeitlichen Entwicklung eingetreten. Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg ist als Führer der vereinigten wirtschaftlichen Ministerien im Reich und Preußen in diesem Kabinett der sicherste Garant dafür, daß nunmehr eine glücklichere Zukunft in allen Teilen der Wirtschaft einsetzt, die privatwirtschaftlichen Grundlagen von neuem befestigt und sozialistische Tendenzen aus der Führung der Wirtschaftspolitik ferngehalten werden.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß ein Mißlingen der gigantischen Aufgabe, die sich die Regierung Hitler-Hugenberg-Wapen-Selbte gestellt hat, sehr leicht das Ende jeder bürgerlichen Ordnung in Deutschland auf unabsehbare Zeit bedeuten kann. Der diese Alternative in heute die Wirtschaft in besonderem Maße gefährdet.

Das als vertraulich bezeichnete Schreiben klopft mit der Aufforderung, den Wahlkampf durch finanzielle Unterstützung zu kräftigen. Der Brief zeigt deutlich, wie berechtigt unsere Sorge um die zukünftige Wirtschaft und Sozialpolitik ist. Es gibt zwar Arbeitnehmer, die zu Hitler ein so großes Vertrauen haben, daß sie Hugenberg und Wapen nicht fürchten. Diese Vertrauensseligkeit geht entschieden zu weit. Hugenberg hat seine Hand an Steuer der Wirtschaft. Hitler redet und Hugenberg arbeitet, heißt es jetzt schon in deutschnationalen Parteiversammlungen.

Jeder geschulte Gewerkschafter weiß, was er von der Befestigung der „privatwirtschaftlichen Grundlagen“ und der Fernhaltung sozialistischer Tendenzen zu halten hat. Der Begriff sozialistisch geht in der Hugenberg-Partei sehr weit. Das nur irgendwie von Arbeitnehmerseite den Willen der Wirtschaftsführer fördert, ist dort sozialistisch. Fernhalten sozialistischer Tendenzen heißt bei der Hugenberg-Partei Niederhaltung der Arbeitnehmer unter den Willen der „Wirtschaft“. Es ist bekannt, daß Hugenberg auch schärfster Gegner der sozialistischen Tendenzen in der NSDAP ist. Das vertrauliche Rundschreiben zeigt erneut, wie widersinnig die Verbindung der extremen, privatkapitalistischen Ideen der Hugenberg-Partei mit nationalsozialistischen Ideen ist.

Im übrigen zeigt das Schreiben jedem Arbeitnehmer, daß der von Hugenberg, Wapen und Selbte neugeführte schwarzweihrote Wahlblock ihre schärfste Gegnerschaft verdient.

Die nationalsozialistischen Mitglieder der gegenwärtigen Reichsregierung haben ohne jeden Vorbehalt den Eid auf die geltende demokratisch-republikanisch-parlamentarische Staatsverfassung geleistet. Indes bemühen sich die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten um den Nachweis, daß ihre Partei an der alten antiparlamentarischen und verfassungsfeindlichen Einstellung nachdrücklich festhält. Ihr Verhalten, das sie auch am Dienstag im Ueberwachungsausschuß des Reichstages wieder an den Tag legten, erinnert daran, daß sie bereits im Juli vorigen Jahres die Tagungen dieses Ausschusses verhindern wollten. Damals weigerte sich der nationalsozialistische Vorsitzende, den Ausschuß trotz einem Verlangen der Mehrheit einzuberufen. Der Ausschuß tagte dann ohne die Nationalsozialisten. Der Ueberwachungsausschuß des am 6. November 1932 gewählten Reichstages ist nun von den Nationalsozialisten bereits zweimal auseinandergeprengt worden. Das erstmalig — vor acht Tagen — bedienten sich die Nationalsozialisten des Vorwandes, daß ihr Führer von dem Vorsitzenden des Ausschusses während des Wahlkampfes in Lippe beleidigt worden sei. Am Dienstag erklärten sie ganz offen, daß sie eine Tagung des Ausschusses unter einem „marxistischen“ Vorsitzenden überhaupt nicht mehr dulden würden.

Nach der Geschäftsordnung des Reichstages steht die Handhabung der Ordnungsgewalt im Reichstag dem Reichstagspräsidenten zu. Er hat insbesondere die Würde und die Rechte des Reichstages zu wahren und seine Arbeiten zu fördern. Er allein übt nach der Verfassung das Hausrecht und die Polizeigewalt im Reichstagsgebäude aus. Er ist verpflichtet, die Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und gegen polizeiwidrige Zustände jeder Art, allenfalls mit Hilfe der staatlichen Behörden, einzuschreiten. Reichstagspräsident ist gegenwärtig der Nationalsozialist Göring, der gleichzeitig das Amt eines Reichsministers und Reichskommissars in Preußen bekleidet. Herr Göring ist nach der ersten Sprengung des Ausschusses vom Vorsitzenden Löbe auf seine Besorgnisse und Wünsche gegenüber den nationalsozialistischen Sitzensrieden hingewiesen worden. Aus der Presse mußte er Kenntnis davon haben, daß die Nationalsozialisten oberhalb der Störung der Verhandlungen des Ausschusses beabsichtigten. Trotzdem hat er nichts dagegen unternommen. Er hält es also für überflüssig, aber sieht sich